

HESSEN



# Arbeit und Gerechtigkeit

Konzept einer Politik für Beschäftigung und soziale Sicherheit

[www.spd-hessen.de](http://www.spd-hessen.de)  
**HESSEN SPD.**

Kontakt:

SPD-Landesverband Hessen  
Generalsekretär Michael Roth MdB  
Marktstr. 10  
65183 Wiesbaden  
Telefon 0611 – 999 77 0  
Telefax 0611 – 999 77 11  
Email: [landesverband.hessen@spd.de](mailto:landesverband.hessen@spd.de)  
Internet: [www.spd-hessen.de](http://www.spd-hessen.de)

# 1 Arbeit und Gerechtigkeit

## 3 Konzept einer Politik für Beschäftigung und soziale Sicherheit

### 7 Kurzfassung

9 Eine zukunftsweisende Politik für mehr Beschäftigung und mehr soziale Sicherheit  
10 muss sich mit den Erfahrungen der Arbeitsmarktreformen im Rahmen der Agenda  
11 2010 verantwortungsvoll auseinandersetzen. Der Grundsatz des Förderns und For-  
12 derns wurde nur unzureichend umgesetzt. Viele Beschäftigte sind nach wie vor tief  
13 verunsichert. Arbeitslose und ihre Familien, insbesondere Kinder, sind von wachsen-  
14 der Armut bedroht. All das ist im Rahmen einer grundlegenden Weiterentwicklung  
15 unserer Arbeitsmarktpolitik zu beseitigen.

16 Eine Politik für Arbeit und Gerechtigkeit ist die Grundlage, um die Herausforderungen  
17 einer globalisierten Weltwirtschaft besser annehmen zu können. Soziale Sicherheit  
18 und berufliche Flexibilität sind keine Gegensätze, vielmehr ist soziale Sicherheit Vor-  
19 aussetzung für mehr Freiheit und Flexibilität. Diese Erfahrung der skandinavischen  
20 Arbeitsmarktpolitik gilt es zu übertragen. Das vorliegende Papier versteht sich in die-  
21 sem Sinne als Beitrag, als Impuls und Diskussionsgrundlage über eine Arbeitsmarkt-  
22 politik mit Zukunft. Es versucht, die Erfahrungen aus sozialdemokratischer Regie-  
23 rungsverantwortung (1998 - 2009) und die absehbaren Herausforderungen des vor  
24 uns liegenden Jahrzehnts mit einem sozialdemokratischen Leitbild der Arbeitsmarkt-  
25 politik zu verknüpfen. Die wichtigsten Thesen:

- 26  
27 ➤ **Kernziel der sozialdemokratischen Arbeitsmarktpolitik ist neben der**  
28 **Existenzsicherung die Ermöglichung von Teilhabe für alle Menschen.**  
29 Angesichts neuer Herausforderungen brauchen wir keine rückwärtsgewandte  
30 Auseinandersetzung über das Für und Wider einzelner Maßnahmen der Ar-  
31beitsmarktpolitik unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung, son-  
32 dern eine an Grundwerten und Leitbildern orientierte Diskussion über unsere  
33 Anforderungen und Ziele hinsichtlich des Arbeitsmarktes der Zukunft.
- 34 ➤ **Der demografischen Entwicklung muss angemessen Rechnung getragen**  
35 **werden.** Wir müssen von Europa lernen. Entweder wir investieren in mehr  
36 und bessere Bildung, lebensbegleitendes Lernen, die Vereinbarkeit von Fami-  
37 lie und Beruf sowie alternsgerechte Arbeitsplätze oder wir lassen dauerhaft  
38 Fachkräftemangel bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit zu. Die skandnavi-  
39 schen Staaten zeigen, dass soziale Sicherheit, angemessene Bildungsausga-  
40 ben, eine hohe Erwerbsbeteiligung und eine leistungsfähige Volkswirtschaft  
41 vereinbar sind. Daran wollen wir uns orientieren.

42 ➤ **Bürgerinnen und Bürgern müssen in jeder Lebenssituation ein Angebot**  
43 **für Qualifizierung, Förderung und existenzsichernde Arbeit erhalten.** Mit  
44 einem solchen neuen Gesellschaftsvertrag - dem Neustart der sozialen  
45 Marktwirtschaft, die den Menschen in den Mittelpunkt rückt - gewinnen die In-  
46 stitutionen der Demokratie und des Wohlfahrtsstaates verspieltes Vertrauen  
47 zurück. Kernstück des Angebots ist eine solidarische Beschäftigungsversiche-  
48 rung, die die Risiken der verschiedenen Lebenslagen abdeckt.

49 ➤ **Die SPD ist die Partei der Arbeit und damit die Partei der echten Leis-**  
50 **tungsträger in unserer Gesellschaft.** Anders als andere Parteien setzen wir  
51 auf Hilfe zur Selbsthilfe, positive Anreize und Ermöglichung von Teilhabe.  
52 Statt - wie andere - Leistungskürzung, Zwang zur Aufnahme prekärer Be-  
53 schäftigung und staatlich subventionierte Billiglöhne zu fordern, wollen wir  
54 Mindestlöhne, steuerliche Anreize und Transferleistungen so ausgestalten,  
55 dass sich Arbeit wieder für jede und jeden lohnt und ein menschenwürdiges  
56 Auskommen ohne zusätzlichen Gang zum Sozialamt ermöglicht.

57 Anforderungen und Ziele für den Arbeitsmarkt der Zukunft sind für uns insbesondere:  
58

59 ➤ **Ein Recht auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf** durch ein flächende-  
60 ckendes Angebot an gebührenfreien Kitas ab dem 2. Lebensjahr, Ganztags-  
61 betreuung und Ganztagschulen, durch die Veränderung der steuerlichen An-  
62 reize, die Rücknahme des unsinnigen „Betreuungsgeldes“ und durch Fortbe-  
63 stand des finanziellen Ausgleichs für Pendler. Um das Nettoeinkommen von  
64 berufstätigen Eltern zu steigern, streben wir darüber hinaus eine Erhöhung  
65 des Kindergeldes an.

66 ➤ **Ein Recht auf Gute Arbeit, existenzsichernde Löhne und eine altersge-**  
67 **rechte Unternehmenskultur**, damit Menschen tatsächlich bis zur Rente phy-  
68 sisch und psychisch gesund in ihrem Job tätig sein können und von dem Ein-  
69 kommen (Mindestlöhne) Leben können. Als existenzsichernd sehen wir dabei  
70 ein Lohnniveau an, das es einer Familie ermöglicht, ihr Auskommen ohne wei-  
71 tere Aufstockung aus der Grundsicherung zu bestreiten und das dabei das  
72 Lohnabstandsgebot zum Grundsicherungsniveau verwirklicht.

73 ➤ **Die Situation von Frauen im Erwerbsleben substanziell zu verbessern**,  
74 indem die Arbeitsbedingungen von Frauen thematisiert werden. Wir wollen  
75 durch eine Veränderung der Unternehmenskultur und durch wirksame gesetz-  
76 liche Regelungen Kurs auf mehr Gleichstellung nehmen

77 ➤ **Ausbildungsplatzgarantie: Das Recht auf einen Ausbildungsplatz inner-**  
78 **halb eines halben Jahres**, falls nötig finanziert durch eine solidarische Aus-  
79 bildungsplatzumlage oder mittels Branchenfonds.

80 ➤ **Bessere Möglichkeiten zur beruflichen Qualifikation sowie zum Erwerb**  
81 **von Bildungsabschlüssen u. a. durch ein „Qualifizierungsgeld“**, d. h. die

- 82 Verlängerung des ALG I-Bezugs für den Erwerb einer neuen Qualifikationsstu-  
83 fe um die Dauer des Bildungsgangs bis auf maximal 24 Monate.
- 84 ➤ **Großer Bildungs-Aufbruch und Garantie auf lebensbegleitende berufli-**  
85 **che Bildung und Qualifizierung:** Dazu gehören das Recht jedes Erwerbstä-  
86 tigen auf eine kompetente Bedarfsanalyse und -beratung, eine Systematisie-  
87 rung, Professionalisierung und ein Ausbau der bestehenden Angebote, die  
88 Öffnung der Hochschullandschaft und Anreizstrukturen für die Unternehmen  
89 für mehr berufliche Bildung ihrer Mitarbeiter. Wir wollen den "Großen Bil-  
90 dungs-Aufbruch". Das Recht auf Bildung wollen wir durch Änderungen im Bil-  
91 dungs- und Schulsystem stärken, die sich konsequent an den Prinzipien des  
92 längeren gemeinsamen Lernens orientieren. Nur in einer anregenden und viel-  
93 fältigen Lernumwelt können alle die Kompetenzen erwerben, die ihnen den  
94 Zugang zum Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von der  
95 Herkunft sichern.
- 96 ➤ **Die soziale Absicherung von Selbstständigen und unsteten Erwerbsbio-**  
97 **graphien** (d.h. häufiger Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Ar-  
98beitslosigkeit, Familienphasen etc.) durch bessere Einbeziehung in die Ren-  
99tenversicherung und die Ausweitung der Rahmenfrist für den ALG I - Bezug  
100 auf 36 Monate.
- 101 ➤ **Langjährige Beiträge zur Solidargemeinschaft anrechnen:** Arbeitnehmer,  
102 die sehr lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, sollen aus  
103 Gerechtigkeitsgründen dauerhaft einen Zuschlag auf die Grundsicherung er-  
104 halten.
- 105 ➤ **Niemanden zurück lassen, jeder hat das Recht auf einen Arbeitsplatz** - u.  
106 a. durch ein gefördertes dauerhaftes sozialversicherungspflichtiges Beschäfti-  
107 gungsverhältnis insbesondere im sozialen, kulturellen und ökologischen Be-  
108 reich in lokaler Verantwortung ("Job-Lokal").
- 109 ➤ **Bedarfsgerechte Mindestsicherung:** Die Sätze der Grundsicherung müssen  
110 immer aktuell und am tatsächlichen Bedarf berechnet sein und ein soziokultu-  
111 relles Existenzminimum sicherstellen. Einmalbelastungen müssen abdeckt  
112 sein. Von zentraler Bedeutung ist für uns, dass Kinder von Grundsicherungs-  
113 beziehern nicht in ihren kulturellen oder sozialen Entwicklungsmöglichkeiten  
114 hinter Gleichaltrige zurückgesetzt werden.
- 115 ➤ **Eine Regulierung der Leiharbeit** sowie gleiche Rechte für Leiharbeitnehmer  
116 hinsichtlich Entlohnung, Jobsicherheit, Mitbestimmung und Fortbildung.
- 117 ➤ **Ein Recht auf einen individuellen Übergang in den Ruhestand und eine**  
118 **Rente nach Lebensleistung:** Die Lebensarbeitszeit muss angesichts der  
119 demografischen Entwicklung mittelfristig ausgeweitet werden. Starre Alters-  
120 grenzen lehnen wir allerdings ab, wir wollen flexible Übergänge ermöglichen.  
121 Dazu gehört für uns, dass jeder nach spätestens 45 Beitragsjahren eine ab-

122 schlagsfreie Rente deutlich über dem Grundsicherungsniveau erhalten muss.  
123 Dabei sollen Erziehungszeiten, Pflege von Angehörigen und Zeiten der Wie-  
124 dereingliederung in den Arbeitsmarkt in geeigneter Weise bei der Berechnung  
125 der Beitragsjahre berücksichtigt werden.

126

## 127 **Finanzierung**

128 Auch wenn eine Abnahme der Arbeitslosigkeit und eine Steigerung der Erwerbstä-  
129 tigenquote langfristig zu erheblichen Entlastungen der Steuer- und Sozialkassen füh-  
130 ren, ist der vorsorgende Sozialstaat nicht zum Nulltarif zu haben. Umgekehrt gilt al-  
131 lerdings: Bleiben die notwendigen Investitionen aus, entstehen langfristig höhere  
132 Kosten und Wachstumshemmnisse durch Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fach-  
133 kräftemangel.

134 Die hier beschriebenen Ansprüche und Leistungen wollen wir – um Konsum und In-  
135 vestitionen nicht zu belasten und die Sozialbeiträge perspektivisch nicht ansteigen zu  
136 lassen – überwiegend durch das Steuersystem finanzieren, soweit nicht anders be-  
137 schrieben. Dieser Paradigmenwechsel setzt eine stärkere Beteiligung von hohen  
138 Einkommen, großen Vermögen und großen Erbschaften an den öffentlichen Ausga-  
139 ben und den Verzicht auf gesamtwirtschaftlich unsinnige Klientelgeschenke und -  
140 subventionen voraus.

141 Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, daher müs-  
142 sen die Herausforderungen maßgeblich durch Bund und Länder finanziert werden.  
143 Weitere finanzielle Belastungen für die Kommunen sind auszuschließen.

144

145

# 146 **Arbeit und Gerechtigkeit**

## 147 **Konzept einer Politik für Beschäftigung und soziale Sicherheit**

148

149

150

151

### 152 **Langfassung**

153

154

#### 155 **I. Unser Leitbild einer sozialdemokratischen Arbeitsmarktpolitik ..... 1**

156 Unser Ziel: Ermöglichung von Teilhabe ..... 1

157 Gesellschaft braucht soziale Sicherheit und Stabilität ..... 2

158 Gesellschaft braucht Teilhabe an guter Bildung für Alle unabhängig von der Herkunft .... 2

159 Unser Begriff der Arbeitsmarktpolitik ..... 3

#### 160 **II. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland ..... 4**

161 A. Eine Bilanz der Arbeitsmarktpolitik seit 1998 ..... 4

162 B. Absehbare langfristige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt..... 6

#### 163 **III. Von Europa lernen ..... 7**

#### 164 **IV. Unser Angebot: Verlässliche Absicherung und Perspektiven für jede 165 Lebenssituation ..... 9**

166 A. Unser Angebot an Berufseinsteiger ..... 9

167 B. Unser Angebot an Beschäftigte ..... 10

168 C. Unser Angebot an Menschen, die (kurzfristig) arbeitslos geworden sind..... 16

169 D. Unser Angebot an Erwerbslose..... 17

#### 170 **V. Weitere Voraussetzungen für Wachstum und Gute Arbeit ..... 18**

171 Finanzierung ..... 19

172

173

## 174 **I. Unser Leitbild einer sozialdemokratischen Arbeitsmarktpolitik**

175

### 176 **Unser Ziel: Ermöglichung von Teilhabe**

177 Menschenwürde, Gleichheit und Solidarität sind unsere Leitbilder. Sie sind uns Maß-  
178 stab und Orientierung in allen Politikfeldern - auch und gerade in der Arbeitsmarktpo-  
179 litik. Unsere Gesellschaft darf nicht in erster Linie ökonomischen Prinzipien unterwor-  
180 fen sein. Selbstverständlich unterliegt auch die Sozialpolitik dem Gebot des effekti-  
181 ven politischen Handelns. Sie ist gerade deshalb mehr als die bloße Verteilung mate-  
182 rieller Güter und der materielle Ausgleich wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Unsere  
183 Politik ist emanzipatorisch und strebt nach Anerkennung und Teilhabe. Wir verpflich-  
184 ten uns dazu, allen Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in Würde zu ermöglichen.  
185 Daraus leitet sich unser Einsatz für chancengleiche Bildung genauso ab wie unsere  
186 tiefe Wertschätzung für den Beitrag des Einzelnen und für die Bedeutung der Arbeit  
187 als Quelle vieler Werte.

188 Für uns sind Bezieher von sozialen Leistungen keine Almosenempfänger und keine  
189 Objekte der Leistungsgewährung sondern Bürgerinnen und Bürger mit Rechten und  
190 Pflichten.

191 Eines dieser Rechte ist es, beim Erwerb neuer Kompetenzen und Qualifikationen von  
192 der Gesellschaft gefördert und unterstützt zu werden. Das begründet das Prinzip des  
193 Förderns und Forderns. Wir begreifen die Förderung des Einzelnen immer als Unter-  
194 stützung beim (Wieder)erwerb der Fähigkeit, eigenständig ein Auskommen bestrei-  
195 ten zu können. Umgekehrt hat die Gesellschaft Anspruch darauf, dass jeder Einzelne  
196 entsprechend seinen individuellen Möglichkeiten seinen eigenen Beitrag leistet und  
197 sich beständig um Arbeit und Qualifikation bemüht.

198 Die allermeisten Menschen sind bereit, sich für die Gesellschaft einzubringen und  
199 wollen ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Politiker, die aufgrund eines geringen  
200 Anteils von unrechtmäßigen Leistungsbeziehern gegen Millionen Unterstützungsab-  
201 hängige hetzen und einen Arbeitszwang um jeden Preis postulieren, wollen in Wahr-  
202 heit Dumpinglöhne und prekäre Beschäftigung durch staatlichen Druck ausweiten  
203 und vom eigenen Versagen in der Arbeitsmarktpolitik ablenken.

204 Sozialstaatsmodelle, die wie das Bürgergeld oder bedingungslose Grundeinkommen  
205 auf Exklusion und dauerhafte Abkoppelung von "schwer Vermittelbaren" vom Ar-  
206beitsmarkt setzen, widersprechen unserer Vorstellung von Arbeit als einer Quelle von  
207 Werten, Anerkennung und Teilhabe. Wir lehnen sie ab.

208

## 209 **Gesellschaft braucht soziale Sicherheit und Stabilität**

210 Soziale Sicherheit ist Voraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft. Niemand  
211 plant kreativ in die Zukunft, niemand nimmt risikoreiche Investitionen in seine Bildung  
212 oder Beschäftigung vor, wenn das im Laufe des Lebens Erarbeitete schon bei ge-  
213 ringsten Anlässen vollständig bedroht ist. Die wachsende Angst vor dem sozialen  
214 Abstieg macht den Arbeitsmarkt nicht dynamischer und die Gesellschaft nicht erfolg-  
215 reicher. Wo Arbeitsmärkte aufgrund veränderter Rahmenbedingungen flexibler ges-  
216 taltet werden sollen, müssen wir den Menschen Sicherheit und Hilfe geben, um auf -  
217 geplante und ungeplante - Veränderungen in der Erwerbsbiographie gut vorbereitet  
218 zu sein. Soziale Sicherheit erhöht die Bereitschaft der Menschen für Innovation, Fle-  
219 xibilität und das Ausprobieren neuer Chancen und Wege.

220 Die Koppelung der sozialen Sicherung an das "Normalarbeitsverhältnis" (von der  
221 Ausbildung bis zur Rente) entspricht immer weniger unserer gesellschaftlichen Wirk-  
222 lichkeit. Sie führt auch dazu, dass die finanzielle Last der sozialen Sicherung immer  
223 stärker auf den Lohnabhängigen verlagert wird und Wohlhabende sich durch Bei-  
224 tragsbemessungsgrenzen bzw. mangels Sozialversicherungspflicht nicht entspre-  
225 chend ihrer Leistungsfähigkeit daran beteiligen müssen.

226 Unsere Stärke muss darin liegen, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Solida-  
227 rität für die verschiedensten Lebensentwürfe und Biografien zu verwirklichen. In kei-  
228 ner anderen Partei werden Solidarität und Leistung zu einem emanzipatorischen Ge-  
229 sellschaftsbild zusammen geführt, das Hoffnung und Aufstiegsmöglichkeiten für alle  
230 Bürgerinnen und Bürger bietet. Dafür stehen beispielhaft unsere Bildungspolitik der  
231 Chancengleichheit und unsere solidarischen Bürgerversicherungsmodelle.

232 Hinsichtlich der Frage, auf welchem Wege und mit welchen Instrumenten die not-  
233 wendige Sicherheit vermittelt wird, bleiben wir diskussionsfähig. Wir werden diese  
234 Diskussion über eine angemessene Balance aus Fördern und Fordern transparent  
235 führen. Wir fassen die auferlegten Lasten und die sich bietenden Chancen für alle  
236 nachvollziehbar in einem neuen sozialen Gesellschaftsvertrag zusammen. Unser  
237 Angebot an die Bürgerinnen und Bürger: Der Neustart der sozialen Marktwirtschaft,  
238 die den Menschen in den Mittelpunkt rückt.

239

## 240 **Gesellschaft braucht Teilhabe an guter Bildung für Alle unabhängig von** 241 **der Herkunft**

242 Gute Bildung ist der Schlüssel für mehr Selbstbestimmung und gesellschaftliche  
243 Teilhabe aller Menschen. Sie muss Chancen eröffnen und Perspektiven geben. Da-  
244 durch erbringen Bildungseinrichtungen einen bedeutenden beschäftigungspolitischen  
245 Beitrag. Ungleichheit der Chancen, wie sie derzeit im deutschen Bildungs- und  
246 Schulsystem immer noch gegeben ist, blockiert einen Einstieg in Beschäftigung, blo-  
247 ckiert Aufstiegsmöglichkeiten und grenzt von Teilhabemöglichkeiten an gesellschaft-  
248 lichen und demokratischen Prozessen aus. Jeder und jede muss Zugang zu allen

249 Bildungseinrichtungen haben und seine und ihre Talente unabhängig von der Her-  
250 kunft entwickeln können gemäß der Zielsetzung, dass kein Kind ausgeschlossen  
251 wird. Statt auf Auslese und Selektion muss auf Förderung, Integration und Inklusion  
252 gesetzt werden. Durch die Beachtung und Förderung aller individuellen Fähigkeiten  
253 wird unser Land zukunftsfähig, denn ein hohes Bildungsniveau der Bevölkerung ist  
254 Grundlage für seine Leistungsfähigkeit. Dies gilt erst recht im Lichte des demografi-  
255 schen Wandels, denn nur durch gute Bildung und Ausbildung der jungen Menschen  
256 können die Unternehmen und staatliche Einrichtungen ihren Fachkräftebedarf und  
257 damit ihre Funktions- und Konkurrenzfähigkeit sichern.

258

## 259 **Unser Begriff der Arbeitsmarktpolitik**

260 Arbeitsmarktpolitik ist für uns mehr als die Gestaltung von Transferzahlungen und  
261 nachsorgende Konzepte für Erwerbslose. Unter "Arbeitsmarktpolitik" verstehen wir  
262 alle Maßnahmen, die das Angebot an Arbeitsplätzen und Arbeitskräften kurz-, mittel-  
263 und langfristig beeinflussen. Arbeitsmarktpolitik hat umfangreiche Schnittstellen zu  
264 nahezu allen Politikfeldern, insbesondere der Bildungspolitik, der Sozialpolitik und  
265 der Strukturpolitik. Vor dem Hintergrund eines unumgänglich größer werdenden Sek-  
266 tors öffentlicher sozial- und gesellschaftsorientierter Dienstleistung sowie eines zu-  
267 sätzlichen öffentlich geförderten Arbeitsmarktes, ist mit Arbeitsmarktpolitik auch un-  
268 mittelbar die Frage der Finanzierung staatlichen Handelns verbunden. Zwingende  
269 Voraussetzung dafür ist ein positives Staatsverständnis, ein handlungsfähiger, de-  
270 mokratiefester Staat. Wir brauchen den aktiven Staat.

271 Das Ziel der Vollbeschäftigung bei existenzsichernden Löhnen und die Teilhabe der  
272 Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt und den erwirtschafteten Gewinnen bleibt  
273 unsere Richtschnur. Deshalb wollen wir das Arbeitsplatzangebot bewusst beeinflus-  
274 sen und steuern, indem wir

- 275 - beschäftigungsfördernde Rahmenbedingungen in der Wirtschaft schaffen,
- 276 - gesellschaftlich notwendige qualifizierte und angemessen bezahlte Arbeits-  
277 plätze im Bereich der sozialen, kulturellen, ökologischen, gesellschafts- und  
278 personenorientierten Dienstleistungen einrichten,
- 279 - diverse Formen des Einkommenserwerbs im Sinne eigenständiger "Arbeits-  
280 kraftunternehmer" aufwerten und
- 281 - einen öffentlich gestützten, kommunal verankerten Arbeitsmarkt schaffen, der  
282 Menschen mit schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen dauerhafte Be-  
283 schäftigungsmöglichkeiten vor Ort und menschenwürdige Verdienstmöglich-  
284 keiten eröffnet.

285 Gute Arbeitsmarktpolitik kümmert sich darüber hinaus um mehr als um die schiere  
286 Anzahl angebotener Arbeitsplätze. Sie muss Rahmenbedingungen schaffen, die  
287 möglichst gut vor Arbeitsplatzverlust schützen und lebensbegleitendes Lernen und

288 die berufliche Fortentwicklung jedes Erwerbstätigen unterstützen. Sie muss für den  
289 Fall des Arbeitsplatzverlustes Sicherheit vor dem sozialen Absturz und die Chance  
290 auf eine möglichst schnelle und möglichst gleichwertige Rückkehr in Beschäftigung  
291 bieten.

292 Zu einer erfolgreichen Förderung von Arbeitslosen gehört ein guter Betreuungs-  
293 schlüssel und gut qualifiziertes und dauerhaft beschäftigtes Personal in den betreu-  
294 enden Institutionen. Die Kürzungspläne der Bundesregierung in diesem Bereich hal-  
295 ten wir für inakzeptabel. Daneben müssen verlässliche Controllinginstrumente ge-  
296 schaffen werden, die auch die Vermittlungserfolge bei einzelnen Personengruppen,  
297 z. B. Schwerbehinderter, transparent machen.

298 Die aktuellen Auseinandersetzungen um die Organisation und Struktur der Arbeits-  
299 vermittlung (Bundesagentur für Arbeit, Argen und Optionskommunen) muss sich an  
300 den Bedürfnissen der Arbeitslosen und der Beschäftigten orientieren. Die Qualität  
301 von Betreuungs- und Förderangeboten sowie die Integration in den Arbeitsmarkt ste-  
302 hen im Vordergrund. Eine Zerschlagung der Jobcenter und eine Rückkehr zum alten  
303 Zustand sind daher inakzeptabel. Es muss auch weiterhin das Prinzip der Förderung  
304 "aus einer Hand" gelten.

305 Die Praxis zeigt, dass nicht die Organisation als Arge oder Optionskommune maß-  
306 geblich über Erfolg bzw. Misserfolg entscheidet. Die Bundesagentur für Arbeit sollte  
307 ihre regionalen und lokalen Verantwortlichkeiten im Interesse einer erfolgreichen Zu-  
308 sammenarbeit zwischen örtlichen Agenturen und kommunalen Verantwortungsträ-  
309 gern stärken.

310 Unbestritten ist gleichwohl, dass sich das kommunale Engagement als sinnvoll ver-  
311 knüpfte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vielerorts bewährt hat, wenngleich Verbesse-  
312 rungsbedarf bei der Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Optionskommunen  
313 und bundesweiten Strukturen festzustellen ist. Für eine Stärkung der Optionskom-  
314 munen und ihrer Eigenständigkeit bei der Entwicklung von passgenauen lokalspezifi-  
315 schen Maßnahmen für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen sind wir deshalb  
316 offen.

317  
318

## 319 ***II. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland***

### 320 **A. Eine Bilanz der Arbeitsmarktpolitik seit 1998**

321 Eine glaubwürdige Kommunikation zukünftiger Ziele wird ohne eine kritische Bilanz  
322 unserer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der Regierungsverantwortung nicht möglich  
323 sein. Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen, dass 20 Jahre neoliberalen  
324 Mainstreams in Wirtschaft, Wissenschaft und Medien nicht spurlos an uns vorüber-  
325 gegangen sind. Es ist an der Zeit, Erfolgreiches zu bewahren, Fehlentwicklungen zu  
326 identifizieren und neuen Konzepten und Ideen Raum zu geben.

327 Von 1997 bis 2007 nahm die Zahl der abhängig Beschäftigten um rund 1,1 Million zu.  
328 Das Normalarbeitsverhältnisse, also unbefristete, sozialversicherte Vollzeitarbeits-  
329 plätze (sowie Teilzeit über 20 Stunden in der Woche) gingen jedoch in diesem Zeit-  
330 raum um 1,5 Mio. zurück, während befristete Jobs, geringfügige Beschäftigung,  
331 Leiharbeit, Teilzeitarbeit etc. um 2,6 Mio. zunahmen. Gleichzeitig kam es zu einer  
332 Ausweitung des Niedriglohnsektors.

333 Die Hartz IV-Reform hat erfolgreich den Anspruch auf Grundsicherung auf einen  
334 größeren Personenkreis ausgeweitet und den Grundsatz der "Hilfe aus einer Hand"  
335 verankert. Es wurden alle Erwerbslosen im erwerbsfähigen Alter - unabhängig von  
336 der Art ihrer bisherigen Existenzsicherung durch Transferleistungen - als Aufgabe  
337 und Auftrag für eine neue Arbeitsmarktpolitik bestimmt. Ein Teil der "versteckten"  
338 Arbeitslosigkeit wurde dadurch aufgedeckt und kam in sozialstaatliche Betreuung.  
339 Gleichzeitig wurde allerdings die Lebensstandardsicherung auf Basis des einmal er-  
340 reichten Einkommens durch die Arbeitslosenhilfe abgelöst durch eine universelle  
341 Grundsicherung. Durch diese Maßnahmen kam es einerseits zu einer Besserstellung  
342 bestimmter Gruppen (wie z. B. der alleinerziehenden Sozialhilfeempfänger), ande-  
343 rerseits erlitten viele Bezieher von Arbeitslosenhilfe erhebliche Einschnitte.

344 Abseits der direkt Betroffenen löste und löst der Wegfall der Arbeitslosenhilfe auch  
345 bei vielen Berufstätigen Abstiegsängste aus - aktuell in besonderem Maße in Folge  
346 der Wirtschaftskrise. Sie befürchten, trotz langjähriger Einzahlung in die Arbeitslo-  
347 senversicherung im Fall der Arbeitslosigkeit nach relativ kurzer Zeit alles zu verlieren  
348 und "bei Null" anfangen zu müssen und auf eine Stufe mit Personen gestellt zu wer-  
349 den, die nie gearbeitet haben. Dies wird - auch und besonders in der sozialdemokra-  
350 tisch und gewerkschaftlich geprägten Arbeitnehmerschaft - als eine erhebliche Unge-  
351 rechtigkeit angesehen. Verschärft wurde die negative Wahrnehmung durch die of-  
352 fensichtlich unzureichend berechneten Bedarfssätze für Kinder. Die Arbeitsmarktre-  
353 formen wurden maßgeblich mit zwingend notwendigen Kostensenkungen begründet  
354 und damit von vielen als Abbau des Sozialstaates (miss)verstanden. Faktisch sind  
355 jedoch mit der Umsetzung der Reformen die öffentlichen Ausgaben für Transferleis-  
356 tungen und Förderangebote erheblich gestiegen.

357 Die sonstigen Elemente der Agenda 2010 und die weiteren Maßnahmen der Bundes-  
358 regierungen von 1998 bis 2009 für eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik sind unter-  
359 schiedlich zu bewerten:

- 360 ➤ Die Personal-Service-Agenturen wurden hinsichtlich ihrer Vermittlungswirkung  
361 völlig überschätzt. Sie spielen heute keine Rolle mehr in der Arbeitsmarktför-  
362 derung.
- 363 ➤ Der Ausbildungspakt blieb in seiner Wirkung hinter den Erwartungen zurück.
- 364 ➤ Die "Ein-Euro-Jobs" sind zum zentralen Werkzeug der öffentlich geförderten  
365 Beschäftigung geworden und haben in manchen Regionen das Ausmaß von  
366 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) in den 1990er Jahren angenommen.  
367 Dieses Ausmaß war jedoch von der "Hartz"-Kommission überhaupt nicht vor-

368 gesehen. Die im SGB II ausdrücklich auch vorgesehene Möglichkeit der Be-  
369 schäftigung in der Entgeltvariante wird hingegen kaum umgesetzt. Später ein-  
370 geführte Instrumente wie die "JobPerspektive" und der „Kommunal-Kombi“  
371 bieten wesentlich bessere Möglichkeiten im Interesse der Betroffenen als die  
372 Ein-Euro-Jobs, werden aber bislang in der Praxis kaum genutzt.

373 ➤ Die Deregulierung der Leiharbeit hat bis zum Sommer 2008 einen Anstieg auf  
374 ca. 780.000 Beschäftigte ermöglicht, teilweise allerdings unter Verdrängung  
375 regulärer Beschäftigung. Seit 2008 wurden jedoch zahlreiche der unzurei-  
376 chend geschützten Beschäftigungsverhältnisse abgebaut, die Leiharbeiter wa-  
377 ren die ersten Verlierer der aktuellen Wirtschaftskrise. Im nächsten Auf-  
378 schwung droht die Leiharbeit den Aufbau "echter" Stellen zu ersetzen.

379 ➤ Die Förderung neuer Selbständigkeit im Rahmen von "Ich-AG" und Überbrü-  
380 ckungsgeld war dagegen erfolgreicher als ihr Ruf. Zwei Drittel der Empfänger  
381 waren fünf Jahre nach der Einführung der Förderung noch immer selbständig,  
382 20 Prozent sind inzwischen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Zu-  
383 sammenfassung zum neuen Instrument "Gründungszuschuss" (ab 2007) ist  
384 hingegen weniger attraktiv, da hier Ansprüche auf Arbeitslosengeld abgege-  
385 ben werden müssen.

386 Durch die Hartz-Reformen ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen statistisch deutlich  
387 gesunken und die Schwelle für neue Beschäftigung ist niedriger geworden. Die Akti-  
388 vierung war insofern erfolgreich. Erkauft wurde dies aber durch einen erhöhten Druck  
389 auf Arbeitslose, eine schlechter bezahlte Stelle in fremden Berufsfeldern anzuneh-  
390 men. Durch ein mangelndes Angebot an tariflich bezahlten Vollarbeitsplätzen, das  
391 Fehlen eines allgemeinen Mindestlohnes und durch mangelnde Qualifikation der Ar-  
392 beitslosen für die bestehenden offenen Stellen waren viele gezwungen, prekäre Be-  
393 schäftigung anzunehmen. Dies hat Druck auf das tarifliche Lohnniveau erzeugt und  
394 zur Ausbreitung des Niedriglohnsektors beigetragen.

395 Insgesamt waren die Erwartungen an "Hartz" hinsichtlich des Arbeitsplatzzuwachses  
396 übertrieben, die Grenzen der Möglichkeiten einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik  
397 wurden nicht ausreichend gesehen. Die notwendige Diskussion über den Arbeits-  
398 markt sollte sich daher nicht auf die Frage "Hartz IV - gut oder schlecht?" verengen.  
399 Wir benötigen eine viel breiter angelegte Debatte, wie wir das Arbeitsangebot aus-  
400 weiten, die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten nachhaltig verbessern und dem  
401 demografischen Wandel und der sozialen Sicherung angemessen Rechnung tragen  
402 können. Aktivierende Arbeitsmarktpolitik kann dabei nur ein Einzelelement sein.

403

## 404 **B. Absehbare langfristige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt**

405 Die Arbeitsmarktpolitik steht in den kommenden Jahrzehnten vor zentralen Heraus-  
406 forderungen:

- 407       ➤ Erstens wird es aufgrund der demografischen Entwicklung langfristig weniger  
408 Menschen im arbeitsfähigen Alter geben. Diese Entwicklung kann nur abge-  
409 mildert werden, wenn die Arbeitsmigration ausgeweitet und die Erwerbsbetei-  
410 ligung bei Älteren und bei Frauen deutlich angehoben wird.
- 411       ➤ Zweitens steigt das Durchschnittsalter in den Belegschaften bis 2020 deutlich  
412 an.
- 413       ➤ Eine dritte Herausforderung besteht in der steigenden Komplexität der Berufe  
414 in vielen Branchen und der sinkenden " Halbwertzeit" von Qualifikationen,
- 415       ➤ eine vierte in den unsteter werdenden Verläufen der Erwerbsbiographien.

416 Alle beschriebenen Trends machen deutlich, dass lebensbegleitende Fort-, Um- und  
417 Weiterbildung im Bewusstsein der Menschen und in der betrieblichen Praxis viel  
418 stärker verankert werden müssen, wenn das Arbeitskräftepotenzial mit den veränder-  
419 ten Bedingungen Schritt halten soll. Um eine hohe Erwerbsbeteiligung der Älteren zu  
420 ermöglichen, ergeben sich daneben neue Anforderungen an physisch und psychisch  
421 "gesunde" Arbeitsplätze und eine entsprechende Prävention.

422 Um die nachkommende Generation in die Lage zu versetzen, mit den Anforderungen  
423 des lebensbegleitenden Lernens umzugehen, muss außerdem der Anteil der Schul-  
424 abbrecher und der Jugendlichen ohne Ausbildung massiv gesenkt und das ineffizien-  
425 te und chancenvernichtende gegliederte Schulsystem reformiert werden.

426 Erreichen wir diese Ziele, so ist in Deutschland langfristig wieder Vollbeschäftigung  
427 möglich. Die Alternative lautet: Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig stei-  
428 gendem Fachkräftemangel. Das wäre wirtschaftlich verantwortungslos und sozial  
429 ungerecht. Ein Blick über die nationalen Grenzen insbesondere zu unseren  
430 europäischen Nachbarn zeigt uns, dass es viele Möglichkeiten gibt, den Herausfor-  
431 derungen erfolgreich zu begegnen. Nicht nur hinsichtlich des lebensbegleitenden  
432 Lernens und einer hoher Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren können wir als  
433 Sozialdemokraten von unseren nördlichen Nachbarstaaten lernen.

434

### 435 ***III. Von Europa lernen***

436

437 Auch unter den Bedingungen des gemeinsamen Marktes und der internationalen  
438 Konkurrenz sind soziale Gerechtigkeit, ein hohes Lohnniveau, eine hohe Staatsquote  
439 sowie gute soziale Sicherung einerseits und wirtschaftliche Stärke und niedrige Ar-  
440beitslosigkeit andererseits vereinbar. Das "Nordische Modell" der skandinavischen  
441 Staaten hat freilich die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen seit 1990 nicht  
442 unverändert überstanden, sich aber erfolgreich angepasst und weiterentwickelt. Die  
443 Merkmale des nordischen Erfolgsmodells:

- 444 ➤ Ein gutes, chancengleiches und gebührenfreies Bildungssystem einschließlich  
445 der Hochschulen sorgt für eine hohe Bildungsbeteiligung. Jugendliche ohne  
446 Ausbildungsplatz erhalten besondere Förderung.
- 447 ➤ Erhebliche Investitionen in Aus- und Weiterbildung sowohl der Arbeitslosen  
448 als auch der arbeitenden Bevölkerung sorgen für produktive Arbeitskräfte und  
449 niedrige Langzeitarbeitslosenquoten.
- 450 ➤ Ein umfangreicher öffentlicher Sektor stellt existenzsichernd bezahlte und  
451 qualifizierte Stellen u. a. in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung und  
452 Betreuung zur Verfügung. Die öffentliche Beschäftigung ist deutlich höher als  
453 in Deutschland.
- 454 ➤ Eine Abkoppelung der Sozialkosten von den direkten Lohnkosten erfolgt durch  
455 die teilweise Steuerfinanzierung der Sozialsysteme.
- 456 ➤ "Flexicurity" ist das Leitbild am Arbeitsmarkt, d.h. flexible Arbeitsmärkte in  
457 Kombination mit einer sozialen Sicherung, die die Einzelnen gut und nachhal-  
458 tig gegen die wechselhaften Risiken in der Erwerbsbiographie absichert.
- 459 ➤ Starke Sozialpartner arbeiten konstruktiv am Erfolg und der Weiterentwicklung  
460 des nordischen Modells auf allen Ebenen mit.
- 461 ➤ Die hervorragende Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärkt die Erwerbsbe-  
462 teiligung.

463 Im Ergebnis haben die nordischen Staaten erheblich niedrigere Arbeitslosenquoten,  
464 niedrigere Langzeitarbeitslosenzahlen und eine deutlich höheren Arbeitsmarktbeeili-  
465 gung von Frauen und Älteren als Deutschland. Die hohen Erwerbsquoten helfen da-  
466 bei, die hohen Kosten des öffentlichen Sektors zu schultern. Die Erfahrungen aus  
467 Skandinavien sind nicht eins zu eins auf Deutschland übertragbar. So halten wir bei-  
468 spielsweise den Kündigungsschutz, der Arbeitnehmer vor willkürlichen Unterneh-  
469 mensentscheidungen schützt, für einen unverzichtbaren Eckpfeiler der deutschen  
470 Wirtschaftskultur. Aus dem nordischen Modell können wir dennoch einiges lernen:

- 471 ➤ Soziale Sicherheit und flexible Arbeitsmärkte sind kein Widerspruch, sie be-  
472 dingen einander.
- 473 ➤ Eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren ist möglich, wenn Fa-  
474 milie und Beruf vereinbar sind, lebensbegleitendes Lernen groß geschrieben  
475 wird und für altersgerechte Arbeitsplätze gesorgt wird.
- 476 ➤ Ein starker öffentlicher Sektor hilft dabei und sichert Gute Arbeit für viele.
- 477 ➤ Staatliche Investitionen in Bildung sind kurzfristig teuer, zahlen sich aber lang-  
478 fristig aus.

- 479       ➤ Steuern und Abgaben werden akzeptiert, wenn die Gegenleistung des Staates  
480            qualitativ stimmt und nahezu jeder erkennbar von den Leistungen profitiert.

481

#### 482   **IV. Unser Angebot: Verlässliche Absicherung und Perspektiven für** 483       **jede Lebenssituation**

484   Die Zukunftsfähigkeit der sozialdemokratischen Idee liegt nicht im Wettbewerb um  
485   den höchsten Sozialhilfesatz im Wahlprogramm. Sie liegt im klügsten Weg aus der  
486   Sozialhilfe heraus und im klügsten Konzept, die Vererbung von Armut zu unterbre-  
487   chen. Das ureigene sozialdemokratische Versprechen, dass jeder durch Arbeits- und  
488   Bildungseifer einen gesellschaftlichen und ökonomischen Aufstieg für sich und seine  
489   Kinder erreichen kann, muss glaubwürdig erneuert werden. Wir wollen, dass sich  
490   Leistung wieder lohnt. Und wir meinen dabei echte Leistung: Nicht das, was der Ein-  
491   zelne an Herkunft und Besitz schon hat, sondern das, was er für diese Gesellschaft  
492   leistet oder zu leisten bereit ist, wenn er eine Chance dazu erhält.

493   Im Sinne eines neuen Gesellschaftsvertrages wollen wir, dass die Politik allen Bürge-  
494   rinnen und Bürgern in jeder Arbeitsmarktsituation ein klar definiertes Angebot der  
495   sozialen Sicherheit und der Unterstützung für die verschiedensten Lebenssituationen  
496   gibt. Wir setzen auf jeden einzelnen Menschen und fördern seine Fähigkeiten und  
497   seine Ausbildung, damit er erstens ein selbst bestimmtes Leben führen kann und  
498   zweitens unsere auf höchste Produktivität und Innovation angewiesene Volkswirt-  
499   schaft im globalen Wettbewerb einen Spitzenplatz einnimmt. Perspektivisch führen  
500   unsere Reformvorschläge in eine solidarische Beschäftigungsversicherung,

- 501       - die als Teil des vorsorgenden Sozialstaates durch ein Recht auf Weiterbildung  
502            präventiv vor Arbeitslosigkeit schützt,
- 503       - die verschiedenen Wechselfälle und Übergänge in der Erwerbsbiographie ab-  
504            sichert,
- 505       - Jobgesundheitsmaßnahmen und Auszeiten für Pflege, Kindererziehung und  
506            Qualifizierung zu vernünftigen Konditionen ermöglicht und
- 507       - die alle Beschäftigten - abhängig beschäftigt oder selbständig - einbezieht.

508   Der Sozialstaat, wie wir ihn anstreben, bietet jedem Menschen in jeder Arbeitsmarkt-  
509   situation eine faire Zukunftsperspektive:

510

#### 511   **A. Unser Angebot an Berufseinsteiger**

##### 512   **Recht auf Bildung und Ausbildung („Ausbildungsplatzgarantie“)**

513   Studium und Berufsausbildung sind die besten Präventionsmaßnahmen zur Verhin-  
514   derung von Langzeitarbeitslosigkeit. Unser Ziel lautet "Jugendarbeitslosigkeit Null".

515 Mit einem Anteil von rund 15 Prozent der Jugendlichen ohne Ausbildung liegt  
516 Deutschland im Ländervergleich allerdings deutlich hinter den skandinavischen Län-  
517 dern und den Niederlanden. Rund 500.000 Jugendliche werden zurzeit im so ge-  
518 nannten Übergangssystem durch ein unüberschaubares System von Maßnahmen  
519 und Bildungsgängen geschleust, viele davon ohne realistische Aussicht auf einen  
520 verwertbaren Berufsabschluss. Im Interesse der Betroffenen und angesichts des  
521 drohenden Fachkräftemangels ist das nicht länger hinzunehmen.

522 Die Möglichkeit zu einer ersten beruflichen Qualifikation ist eine Bringschuld der Ge-  
523 sellschaft. Wir wollen deshalb, dass allen Jugendlichen, die die Voraussetzungen  
524 dafür mitbringen, innerhalb eines halben Jahres ein betrieblicher, außerbetrieblicher  
525 oder schulischer Ausbildungsplatz angeboten wird und alle Jugendlichen einen  
526 grundsätzlichen rechtlichen Anspruch darauf erhalten. Wir streben dazu eine Auswei-  
527 tung der schulischen Ausbildung und des betrieblichen Ausbildungsplatzangebotes  
528 an. Diese Ausweitung des Ausbildungsangebotes kann teilweise durch die Einfüh-  
529 rung der solidarischen Ausbildungsplatzumlage finanziert werden. Eine solche Um-  
530 lage würde einen finanziellen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbil-  
531 denden Unternehmen ermöglichen und sollte nur bestehen, bis die Ausbildungsplatz-  
532 lücke geschlossen ist. Ein erster Lösungsansatz kann auch die Schaffung von Bran-  
533 chenfonds wie in der Bauwirtschaft sein.

534 Grundvoraussetzung, um alle Jugendlichen ausbildungsfähig zu machen, ist für uns  
535 eine Reform des Schulsystems mit echten Ganztagschulen, in denen Jugendliche  
536 aus schwierigen Verhältnissen besonders gefördert statt aussortiert werden. Bei-  
537 spielhaft hierfür steht das Schulkonzept "Haus der Bildung" der hessischen SPD. Zur  
538 bestmöglichen und frühzeitigen Förderung aller Kinder gehört für uns auch, den Kin-  
539 dergarten ab dem zweiten Lebensjahr kostenlos anzubieten, eine kostenlose Mit-  
540 tagsversorgung in Schulen und Kindergärten einzuführen und die Fahrtkosten der  
541 Schüler bis zum Abitur zu erstatten. Voraussetzung dafür ist, dass sich alle staatli-  
542 chen Ebenen an der Finanzierung beteiligen.

543 Bildung ist für uns grundsätzlich gebührenfrei. Dies gilt von der frühkindlichen Bil-  
544 dung und Betreuung über alle qualifizierenden Schulabschlüsse bis zum Hochschul-  
545 studium (Master-Abschluss). Ein Ausbau schulbegleitender Maßnahmen, um Ju-  
546 gendliche aus bildungsfernen Schichten frühzeitig an das Erwerbsleben heranzufüh-  
547 ren, kann teilweise durch Umschichtungen der Mittel aus dem derzeitigen Über-  
548 gangssystem finanziert werden.

549 Die Förderung durch das BAföG muss bedarfsgerecht ausgebaut werden und einen  
550 Hochschulabschluss auch nachholend in späteren Lebensphasen ermöglichen.

551

## 552 **B. Unser Angebot an Beschäftigte**

553 Kernstück unserer Politik für Beschäftigte muss es sein, in flexibler werdenden Ar-  
554 beitsmärkten den Menschen den notwendigen Rückhalt für ihre Lebensplanung zu

555 geben. Dazu gehören als Kernelemente neben der Absicherung gegen Arbeitslosigkeit  
556 auch das Recht auf Weiterbildung, das Recht auf ein Betriebsumfeld, dass ältere  
557 Arbeitnehmer fördert, das Recht auf einen flexiblen Übergang in den Ruhestand, das  
558 Recht auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gleiche Chancen für Frauen und  
559 Männer sowie die Absicherung von Menschen mit unsteten Erwerbsbiographien.

#### 560 Recht auf Höher- und Weiterbildung sowie Bildungsgarantie

561 Mit ca. 30 Prozent Teilnahmequote an betrieblicher Weiterbildung liegt Deutschland  
562 im europäischen Vergleich nach wie vor im Mittelfeld und wurde nach neueren Erhe-  
563 bungen sogar von Ländern wie Österreich oder Spanien überholt. Besonders gering  
564 ist der Anteil älterer Arbeitnehmer, die sich weiterbilden. Weiterbildung und lebens-  
565 begleitendes Lernen sind aber zentrale Elemente, um das Risiko der Langzeitarbeits-  
566 losigkeit zu vermindern, die Beschäftigungsfähigkeit für ältere Arbeitnehmer zu erhal-  
567 ten und den Fachkräftebedarf zu decken. Deutschland braucht deshalb eine Öffnung  
568 und Ausweitung der Institutionen der Aus- und Weiterbildung - verankert im Arbeits-  
569 recht, in den Tarifverträgen und in einem neuen Bewusstsein bei den Unternehmen  
570 und Beschäftigten für deren Notwendigkeit. Die Grundlage des beruflichen Bildungs-  
571 aufbruchs muss das Recht und die Ermutigung jedes Erwerbstätigen auf eine qualifi-  
572 zierte Bedarfsanalyse und -beratung sein. Daneben benötigen kleine und mittlere  
573 Unternehmen Hilfe bei der Abschätzung ihres mittelfristigen Weiterbildungsbedarfs.

574 Wir wollen, dass staatliche und private Bildungsinstitutionen in einen "Großen Bil-  
575 dungs-Aufbruch" zusammengeführt und für alle geöffnet werden. Dabei sollen alle  
576 verfügbaren Bildungskapazitäten unter Einbeziehung der beruflichen Schulen in ei-  
577 nem Pool erfasst, in Zusammenarbeit mit den Anbietern systematisiert und professi-  
578 onalisiert werden. Zentren Lebensbegleitenden Lernens und Vernetzungsstrukturen  
579 wie der „Hessencampus“ wollen wir entsprechend weiterentwickeln und auf eine fi-  
580 nanziell sichere Basis stellen. Wir wollen verlässliche Regeln, damit Unternehmen  
581 auf öffentliche Bildungsinstitutionen zur Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mit-  
582 arbeiter grundsätzlich und bei Kurzarbeit zurückgreifen können. Die Fachhochschu-  
583 len und Universitäten müssen zusätzlich zur Grundausbildung ihrer Studierenden auf  
584 die Erstellung von attraktiven Fort- und Weiterbildungs-Curricula verpflichtet werden,  
585 die sowohl im Vollzeit- als auch im Teilzeit-Studium zu absolvieren sind. Dazu müs-  
586 sen sie die notwendigen Mittel erhalten.

587 Die Wirtschaft profitiert von einem qualifizierten und vielseitig einsetzbaren Arbeits-  
588 kräftepotenzial. Ein Beitrag der Unternehmen zu einem echten Bildungsaufbruch  
589 kann deshalb die Einrichtung branchenbezogener Weiterbildungsfonds sein, z. B.  
590 durch die Bereitstellung eines bestimmten Anteils vom Umsatz. Diese entkoppeln die  
591 Bildungsteilnahme von den dabei entstehenden Kosten, da die Arbeitgeber sich an  
592 der Finanzierung beteiligen - und zwar unabhängig davon, ob sie "ihren" Mitarbeitern  
593 Weiterbildung ermöglichen oder nicht. Daneben sollten auch die Sozialpartner stär-  
594 ker auf tarifvertragliche Regelungen zur Fort- und Weiterbildung achten.

595

596 Recht auf eine altersgerechte Unternehmenskultur, Gute Arbeit und existenzi-  
597 chernde Löhne

598 Um dem steigenden Lebensalter der Belegschaften Rechnung zu tragen und die Be-  
599 schäftigungsfähigkeit Älterer zu erhalten und zu fördern, ist eine neue Kultur in den  
600 Unternehmen notwendig: die Gestaltung gesunder, nicht krankmachender Arbeit,  
601 eine Arbeitsorganisation, die auch mit zunehmendem Alter verkraftbar ist und in der  
602 die persönliche Motivation für lebensbegleitende Weiterbildung und Umorientierung  
603 erhalten bleibt bzw. gestärkt wird. Dazu gehören innovative Arbeitszeitmodelle, kon-  
604 sequentes betriebliches Gesundheitsmanagement, Präventionskurse, Paten- und  
605 Mentorenmodelle, Bildungsangebote für Ältere, berufsbegleitende Umschulung, er-  
606 gonomische Arbeitsplatzgestaltung etc.

607 Die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze steht dabei für uns im Mittelpunkt.  
608 Staat, Arbeitgeberverbände, Kammern und Gewerkschaften sind gemeinsam in der  
609 Pflicht, Strategien und Anreize dafür zu entwickeln und die Unternehmen zu animie-  
610 ren, passgenaue Maßnahmenbündel für ihre Belegschaft umzusetzen. Wir benötigen  
611 eine intensive Forschung zu den Auswirkungen heutiger Erwerbstätigkeit und Ar-  
612 beitsformen auf die Gesundheit und verbindliche Standards für die Gesunderhaltung.

613 Zu Guter Arbeit gehört auch ein existenzsicherndes Auskommen. Ein allgemeiner  
614 gesetzlicher Mindestlohn, der Lohndumping verhindert, die sozialen Sicherungssys-  
615 teme stützt und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärkt, ist eine unverzichtbare  
616 Voraussetzung für eine positive Entwicklung der Arbeitsmärkte.

617 Als existenzsichernd sehen wir dabei ein Lohnniveau an, das es einer Familie er-  
618 möglicht, ihr Auskommen ohne weitere Aufstockung aus der Grundsicherung men-  
619 schenwürdig zu bestreiten und das deutlich über Grundsicherungsniveau liegt  
620 (Lohnabstandsgebot).

621 Wir gehen bei dieser Forderung und der daraus abzuleitenden Höhe eines allgemei-  
622 nen gesetzlichen Mindestlohns davon aus, dass der Staat Familien strukturell entlas-  
623 tet. Diese Entlastung ergibt sich bei einer Umsetzung unserer bildungs- und familien-  
624 politischen Konzepte, beispielhaft durch die Ganztagsbetreuung mit Mittagstisch,  
625 Nachhilfeleistungen und sportliche und kulturelle Angebote in echten Ganztagschu-  
626 len oder die Schülerbeförderung. Diese Leistungen wollen wir kostenfrei gestalten.  
627 Darüber hinaus streben wir eine Erhöhung des Kindergeldes an. Im Ergebnis würden  
628 die monatlichen Grundkosten für Familien deutlich sinken; die Grundsicherung für  
629 Familien und der entsprechend darüber liegend Mindestlohn könnte an dem dann  
630 gegebenen finanziellen familiären Grundbedarf ausgerichtet werden.

631 Bei Fehlen fester Lohnuntergrenzen drohen dagegen bei der Ausweitung der EU-  
632 Arbeitnehmerfreizügigkeit verstärktes Lohndumping, ein ruinöser Wettbewerb zulas-  
633 ten existenzsichernd bezahlender Unternehmen und damit weiterer finanzieller Druck  
634 auf die Sozialkassen.

635

636 Recht auf einen individuellen und flexiblen Übergang in den Ruhestand und Rente  
637 nach Lebensleistung

638 Die demografische Entwicklung und die hochdynamische Entwicklung der Wirtschaft  
639 verbieten starre Altersgrenzen. Die Alterssicherung muss flexibler entwickelt werden,  
640 um den betrieblichen Altersaufbau zu gestalten und auf individuelle Lebenssituatio-  
641 nen reagieren zu können, ohne dass das zu unzumutbaren Einschnitten beim Al-  
642 terseinkommen führt. Altersteilzeit und Teilrente müssen wieder eingeführt bzw. attr-  
643 aktiver ausgestaltet und gefördert werden. Mit flexiblen Lebensarbeitszeitkonten  
644 kann die wöchentliche Arbeitszeit im Alter reduziert und der Zeitpunkt des Ausschei-  
645 dens aus dem Erwerbsleben individuell angepasst werden. Wir wollen durch Hilfen  
646 für kleine Unternehmen und durch Rechtsansprüche der Arbeitnehmer dieses Modell  
647 stärker verbreiten.

648 Die Chancen, das Rentenalter im angestammten Beruf zu erreichen, sind derzeit  
649 höchst ungleich verteilt: Während in den meisten hochqualifizierten Berufen die  
650 Mehrzahl der Beschäftigten bis 65 oder auch 67 arbeiten können, ist bei anstrengen-  
651 der körperlicher Arbeit und Schichtarbeit das Risiko der vorzeitigen Arbeitsunfähig-  
652 keit sehr hoch. Daher bedarf es hier besonderer Anstrengungen, um die Mitarbeiter  
653 für neue Tätigkeitsfelder zu schulen oder einen gleitenden Übergang in den Ruhe-  
654 stand möglich zu machen. Diesen Berufsgruppen wollen wir deshalb ein besonderes  
655 Anrecht auf frühzeitige besonders geförderte Weiterbildung und Umschulung sowie  
656 ab einem gewissen Alter auf Entgeltsicherung einräumen, falls in eine schlechter be-  
657 zahlte Stelle oder auf eine öffentlich geförderte Ersatzbeschäftigung gewechselt wer-  
658 den muss. Auch in Berufen mit hohem "Verschleiß" müssen grundsätzlich alle Be-  
659 schäftigten den Renteneintritt ohne Abschläge erreichen können, sofern sie sich be-  
660 ständig um Arbeit und Weiterbildung bemühen. Außerdem müssen für diese Grup-  
661 pen flexible Übergänge in den Ruhestand besonders gefördert werden. Auch die Ta-  
662 rifparteien sind für diese Berufsgruppen in der Pflicht, entsprechende Vorsorgemaß-  
663 nahmen in die Tarifverträge mit aufzunehmen.

664 Wir fordern, dass jeder Arbeitnehmer spätestens nach 45 Versicherungsjahren ein  
665 Anrecht auf eine abschlagsfreie Rente hat, die deutlich über dem Niveau der Grund-  
666 sicherung liegt. Dabei sollen Erziehungszeiten, Pflege von Angehörigen und Zeiten  
667 der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt in geeigneter Weise bei der Berech-  
668 nung der Beitragsjahre berücksichtigt werden. Grundvoraussetzungen für die - mittel-  
669 fristig notwendige - Ausweitung der Lebensarbeitszeit sind für uns ein ausreichendes  
670 Arbeitsplatzangebot und die ausreichende Förderung und Weiterbildung von älteren  
671 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Solange nicht beides verwirklicht ist, kann es  
672 keine Erhöhung des Renteneintrittsalters geben.

673 Um ein angemessenes Rentenniveau nach dem Äquivalenzprinzip ohne allgemeine  
674 Beitragsanhebung zu gewährleisten und die Einnahmeseite der staatlichen Renten-  
675 versicherung zu sichern, wollen wir diese im Sinne des Modells der solidarischen  
676 Bürgerversicherung zu einer universellen Versicherung fortentwickeln – d.h. langfris-

677 tig alle Erwerbstätigengruppen einbeziehen und die Beitragshöhe des/der einzelnen  
678 an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bemessen.

679

#### 680 Recht auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf

681 Die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommt den Wünschen der heu-  
682 tigen Generation junger Frauen und Männer entgegen. Eine Ausweitung der Er-  
683 werbsbeteiligung hilft bei der Finanzierung der Sozialsysteme und bei der Bewälti-  
684 gung des demografischen Wandels. Das Risiko längerer Arbeitslosigkeit nach der  
685 Kindererziehungsphase wird dadurch reduziert.

686 Um eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf flächendeckend zu ermöglichen, ist  
687 eine erhebliche Ausweitung der Kinderbetreuung erforderlich. Kurzfristiges Ziel muss  
688 sein, dass in allen Regionen mindestens die gesetzlich vorgeschriebene Betreu-  
689 ungsquote bei den unter dreijährigen Kindern von 35 % tatsächlich umgesetzt, die  
690 Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder ab dem dritten Lebensjahr auf 60% gesteigert  
691 und echte Ganztagschulen angeboten werden. Wir benötigen außerdem hinrei-  
692 chende Angebote, die die Pflege von Familienangehörigen und die gleichzeitige Auf-  
693 rechterhaltung von Erwerbsarbeit möglich machen.

694 Derzeit führen Ehegattensplitting, hohe Steuersätze auf Teilzeitarbeit des Zweitver-  
695 dieners im Haushalt und das geplante "Betreuungsgeld" zu Anreizen für die traditio-  
696 nelle Rollenteilung in Paarhaushalten und mindern so die Beschäftigungschancen  
697 von Frauen. Wir wollen stattdessen die Entscheidung für Familie und gleichzeitige  
698 Berufstätigkeit erleichtern. Daher streben wir auch die weitere Anhebung des Kinder-  
699 geldes an.

700 Daneben wollen wir die Mobilität von Arbeitnehmern unterstützen. Wir halten deshalb  
701 an der Pendlerpauschale fest oder wollen alternativ eine familienbezogene Mobili-  
702 tätsprämie für Arbeitnehmer in mindestens vergleichbarer Höhe.

703

#### 704 Gleiche Rechte für Frauen und Männer

705 Wir wollen die Qualität der Arbeitsbedingungen und -perspektiven von Frauen zum  
706 Thema machen, insbesondere die frauenspezifische Sicht der Arbeitssicherheit und  
707 gesundheitlichen Belastungen, die zunehmende Anzahl von Minijobs und anderer  
708 Formen prekärer Beschäftigung. Wir wollen es Frauen und Männern durch flexible  
709 und passgenaue Angebote ermöglichen, Studium bzw. Beruf und Familie gleicher-  
710 maßen zu verwirklichen.

711 Wir wollen eine Unternehmenskultur, die Schluss macht mit den Vorurteilen über das  
712 mangelnde Interesse von Müttern gegenüber Unternehmen und über in Teilzeit ar-  
713 beitenden Männern. Eine unvoreingenommene und leistungsgerechte Beurteilung  
714 von Frauen, ihre gezielte Motivation und Qualifizierung sowie eine frauen- und famili-

715 enfreundliche Unternehmenskultur sind Zukunftsfragen für die gesamte Gesellschaft  
716 unseres Landes. Wir wollen ein breites und qualifiziertes Spektrum an Berufsfeldern  
717 und Arbeitsplätzen für Frauen durch aktive Maßnahmen der Regional- und Wirt-  
718 schaftsstrukturalpolitik, der Arbeitsmarktpolitik und der Aus- und Weiterbildungspolitik  
719 fördern.

720 Die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt hat in den vergangenen Jah-  
721 ren weiter zugenommen, Deutschland liegt hier im EU-Ranking weit hinten: Die Loh-  
722 nungleichheit nimmt derzeit zu statt ab, die Vollzeitbeschäftigung von Frauen geht  
723 zurück, Teilzeitarbeit und Minijobs sind auf dem Vormarsch. Deshalb wollen wir mit  
724 wirksamen gesetzlichen Regelungen Kurs auf mehr Gleichstellung nehmen. U. a.  
725 wollen wir, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nur Betriebe zum Zuge kom-  
726 men, die Frauen und Männer in der Entlohnung gleich behandeln. Wir wollen mit  
727 verbindlichen Regelungen und Zielvorgaben dafür sorgen, dass Frauen und Männer  
728 gleiche Aufstiegschancen haben und, ausländischen Beispielen folgend, in den Auf-  
729 sichtsghremien von öffentlichen und privaten Unternehmen eine Frauenquote von  
730 mindestens 40 Prozent einführen.

731

#### 732 Gleiche Rechte für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter

733 Leiharbeit kann ein Instrument für Flexibilität am Arbeitsmarkt sein - in der derzeiti-  
734 gen Form führt sie jedoch häufig zu Lohndumping und Verdrängung der regulären  
735 Beschäftigung. Wir wollen deshalb die Leiharbeit regulieren, um die die derzeitigen  
736 Auswüchse und die Aushöhlung des Tarifsystems zu beenden und Leiharbeitern  
737 mehr Jobsicherheit und gleiche Mitbestimmungs- und Fortbildungsrechte zu geben.

738

#### 739 Bessere Absicherung von Selbständigen und unsteten Erwerbsbiographien

740 "Gebrochene" Berufsbiographien - also abwechselnde Phasen von abhängiger Be-  
741 schäftigung, Selbständigkeit, Familienphase, Arbeitslosigkeit - nehmen zu. Sie haben  
742 oft zur Folge, dass im Rentensystem keine ausreichenden Versorgungsansprüche  
743 aufgebaut werden können. Wir wollen deshalb diese Phasen besser in die Arbeitslo-  
744 sen- und Rentenversicherung einbeziehen und auch die Risiken von Selbständigkeit  
745 absichern. Ein Instrument dazu ist die Einführung einer universellen Erwerbstätigen-  
746 versicherung. Für Selbständige sollte in einem ersten Schritt die freiwillige Arbeitslo-  
747 senversicherung über 2010 hinaus dauerhaft möglich gemacht werden. Daneben  
748 wollen wir, dass die Rahmenfrist zum Bezug von ALG I von jetzt 24 auf 36 Monate  
749 erhöht wird. Die heutige kurze Rahmenfrist führt dazu, dass z. B. viele entlassene  
750 Leiharbeiter keinen neuen ALG I Anspruch erwerben, sondern bei erneuter Arbeits-  
751 losigkeit sofort in die Grundsicherung abrutschen.

752 Existenzgründer wollen wir durch erleichterten Zugang zu Wagniskapital fördern. Die  
753 Existenzgründung von Frauen und Älteren wollen wir außerdem u. a. durch spezifi-  
754 sche Beratungsangebote fördern.

755

756

757 **C. Unser Angebot an Menschen, die (kurzfristig) arbeitslos geworden**  
758 **sind**

759 Das soziale Netz in Deutschland ist letztmals in einer Phase des konjunkturellen Auf-  
760 schwungs reformiert worden und muss den neuen Rahmenbedingungen angepasst  
761 und zukunftsfest gemacht werden. Die flexible Handhabung der Ausweitung der  
762 Kurzarbeit und der Unterstützung der Weiterbildung in der Kurzarbeit weisen in die  
763 richtige Richtung. Die Stabilisierung der sozialen Lage des Einzelnen und der Erhalt  
764 seiner Arbeitsmarktnähe ist gleichzeitig Teil einer Stärkung des Binnenmarktes.

765 Höhere Bildung ermöglichen: Qualifizierungsgeld für Arbeitslose

766 Wir wollen, dass Menschen Zeiten der Arbeitslosigkeit für wirkliche Bildungs- und  
767 Qualifizierungssprünge nutzen können: Von der Ausbildung zum Studium, vom  
768 Facharbeiter zum Meister. Konkret schlagen wir eine Verlängerung der Zahlung des  
769 Arbeitslosengeldes I von zwölf auf 24 Monate bei Teilnahme an einer qualifizieren-  
770 den Weiterbildung mit definierten Mindestanforderungen oder alternativ eine Nichtan-  
771 rechnung der Qualifizierungszeit auf den Arbeitslosengeld I-Bezug vor. Dieses „Quali-  
772 fizierungsgeld“ wird nicht aus der Arbeitslosenversicherung, sondern aus Steuermit-  
773 teln finanziert. Eine Beteiligung der Qualifikanten an eventuell anfallenden Fortbil-  
774 dungskosten für höhere Qualifikationen kann auch über das Bafög-Modell erfolgen,  
775 die Rückzahlung sollte an den erfolgreichen Erwerb einer unbefristeten Stelle ge-  
776 knüpft sein. Die Übernahme des Bafög-Modells hätte einen antizyklischen Effekt, da  
777 in Zeiten des Beschäftigungsaufschwungs Geld an die öffentliche Hand zurückgege-  
778 ben werden könnte. Grundsätzlich gilt für uns dabei: In Erstausbildung kostenfreie  
779 Bildungsabschlüsse müssen auch von Arbeitslosen kostenfrei nachgeholt werden  
780 können. Die Mindestqualifizierungsanforderung zielt darauf ab, alle Absolventen  
781 mindestens eine Bildungsstufe höher klettern zu lassen.

782 Wir wollen, dass Zeiträume, die der beruflichen Weiterqualifikation dienen, beim Ren-  
783 tenanspruch angemessen berücksichtigt werden.

784

785 Lebensleistungen würdigen

786 Nach wie vor wird der Statusverlust, der durch den Übergang ins ALG II erfolgt, von  
787 vielen Arbeitnehmern als Bedrohung ihrer sozialen Existenz angesehen. Daher  
788 schlagen wir vor, dass bei langer Erwerbstätigkeit dauerhaft ein an die Beschäfti-  
789 gungsdauer gekoppelter Zuschlag auf die Grundsicherung ausgezahlt wird. Außer-  
790 dem wollen wir bei diesen Arbeitnehmern die Umschichtung von Ersparnissen in Al-  
791 tersvorsorgevermögen weiter erleichtern und fördern sowie das selbstgenutzte  
792 Wohneigentum besser schützen.

793

794 **D. Unser Angebot an Erwerbslose**

795

796 Kümmern und motivieren

797 Trotz eines statistischen Rückganges in den letzten Jahren ist der Anteil der Lang-  
798 zeitarbeitslosen in Deutschland besonders hoch. Wir wollen, dass Langzeitarbeitslo-  
799 se neben einer guten und effektiven Betreuung und umfassenden Weiterbildungsan-  
800 geboten – inkl. der Möglichkeit, einen Berufsabschluss nachzuholen – einen stärkeren  
801 Zugriff auf betriebsnahe Trainings- und Integrationsmaßnahmen bekommen. Er-  
802 folgversprechende Modelle hierfür wie Jobrotation (ein Angestellter macht eine  
803 mehrmonatige Ausbildung oder Familienphase, ein Langzeitarbeitsloser wird solange  
804 öffentlich gefördert in den Job übernommen) werden in Deutschland nicht ausrei-  
805 chend umgesetzt.

806 Grundsätzlich sehen wir jeden Leistungsempfänger in der Pflicht, sich beständig um  
807 Arbeit und Fortbildung zu bemühen. Hinsichtlich der Zumutbarkeitsregelungen wollen  
808 wir gleichwohl, dass – entsprechend dem ursprünglichen rotgrünen Gesetzentwurf  
809 zur Hartz-Reform, der dann auf Druck der Unionsparteien geändert wurde – angebo-  
810 tene Arbeit nur dann angenommen werden muss, wenn sie tarifgerecht bzw. ortsüb-  
811 lich vergütet wird. Einen Zwang zur Aufnahme von prekärer Beschäftigung und damit  
812 eine staatliche Förderung von Dumpinglöhnen wollen wir vermeiden.

813 Für die verschiedenen Gruppen arbeitsloser Frauen, insbesondere derjenigen, die  
814 auf die Grundsicherung angewiesen sind, wollen wir, dass Arbeitsmarkt- und Ausbil-  
815 dungsprogramme sowie die Auswirkungen der von den Arbeitsagenturen, Argen und  
816 Optionskommunen umgesetzten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen daraufhin ü-  
817 berprüft werden, wo und wie sie für eine verbesserte Gleichstellungsförderung nach-  
818 justiert werden müssen. Hierbei sollten auch die kommunalen Frauenbüros einbezo-  
819 gen werden.

820 Kinder orientieren sich in der Entwicklung ihrer Einstellung zu ihrem zukünftigen Er-  
821 werbsleben stark am elterlichen Vorbild. Nicht selten wird so die Abhängigkeit von  
822 Sozialleistungen über mehrere Generationen „vererbt“. Besondere Anstrengungen,  
823 eine Rückkehr in Arbeit zu ermöglichen, müssen deshalb zukünftig Haushalten mit  
824 Kindern ohne Erwerbstätige bzw. Alleinerziehenden zuteil werden. Entsprechend  
825 sind auch die staatlichen Anreizstrukturen zu gestalten. „Arbeitsmarkt-  
826 Fernhalteprämien“ wie das sog. Betreuungsgeld verschärfen die bestehenden Prob-  
827 leme dagegen.

828 Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit, "Job-Lokal"

829 Jede und jeder Arbeitslose muss grundsätzlich ein Recht auf Erwerbsarbeit haben.  
830 Dabei favorisieren wir die Beschäftigung in der Entgeltvariante. Wir wollen einen öf-  
831 fentlich geförderten Arbeitsmarkt in lokaler Verantwortung mit lang- oder unbefriste-

832 ten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen („Job-Lokal“) für Per-  
833 sonen, die längerfristig bzw. dauerhaft nicht in den ersten Arbeitsmarkt integriert  
834 werden können. Viele Kommunen in Hessen haben erfolgreich gezeigt, dass sie die  
835 Kompetenz dazu haben. Die Programme JobPerspektive (Eingliederungsförderung  
836 in Betrieben) und Kommunal-Kombi (für Langzeitarbeitslose in strukturschwachen  
837 Regionen) werden allerdings noch nicht in ausreichendem Maß umgesetzt bzw. sind  
838 für finanzschwache Kommunen nicht bezahlbar. Durch Zusammenlegung der für  
839 diese Personengruppe aufgewendeten Mittel in "Job-Lokal" wäre die Finanzierung  
840 von existenzsichernd entlohnten Arbeitsplätzen im sozialen, kulturellen, ökologischen  
841 Bereich insgesamt ohne finanziellen Mehraufwand möglich.

842 Bei der Aktivierung, Betreuung und Integration von Personen mit schweren Vermitt-  
843 lungshemmnissen zählen die Infrastruktur und das Detailwissen vor Ort. Wir brau-  
844 chen deshalb starke und finanziell gut ausgestattete Kommunen, die umfassende  
845 und maßgeschneiderte Fortbildungs- und Integrationsmaßnahmen liefern können  
846 und bei der Vermittlung von Personen mit Förderungsbedarf verantwortlich mitwir-  
847 ken. Voraussetzung für die Umsetzung dieses Rechts auf Arbeit ist für uns, dass die  
848 Vergabe geförderter Beschäftigung und die Vergabe von Arbeitsgelegenheiten effek-  
849 tiver kontrolliert wird, um Verdrängungseffekte zukünftig zu vermeiden. Dafür haben  
850 sich in der Vergangenheit die ABM-Ausschüsse bewährt. Dort haben öffentliche  
851 Hand, Arbeitgeber und Gewerkschaften kontrolliert, dass keine sozialversiche-  
852 rungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse verdrängt wurden, zudem sollten in den  
853 lokalen Kontrollgremien auch die Sozialverbände vertreten sein.

854

#### 855 Bedarfsgerechte Mindestsicherung

856 Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Berechnung der Grundsiche-  
857 rung entspricht weitgehend der langjährigen Position der hessischen SPD: Die  
858 Grundsicherung muss immer aktuell und am tatsächlichen Bedarf berechnet sein und  
859 ein soziokulturelles Existenzminimum sicherstellen. Nicht aufschiebbare Einmalbe-  
860 lastungen müssen abdeckt sein. Von zentraler Bedeutung ist für uns, dass Kinder  
861 von Grundsicherungsbeziehern nicht in ihren kulturellen oder sozialen Entwick-  
862 lungsmöglichkeiten hinter Gleichaltrige zurückgesetzt werden.

863

864

### 865 ***V. Weitere Voraussetzungen für Wachstum und Gute Arbeit***

866

867 Neben den Rechten und Instrumenten, die auf die Verwirklichung einer Beschäfti-  
868 gungsversicherung zielen, sind weitere flankierende Maßnahmen erforderlich, um  
869 dauerhaft ein hohes Beschäftigungsniveau und Gute Arbeit zu ermöglichen. Dazu  
870 wollen wir Auswüchse auf dem Arbeitsmarkt beseitigen und den öffentlichen Sektor  
871 nach dem Vorbild der nordischen Staaten stärken und ausbauen, um die flexibler

872 werdende Arbeitsgesellschaft zu unterstützen und gleichzeitig existenzsichernd be-  
873 zahlte Beschäftigung zu schaffen.

874 Zu den erforderlichen Maßnahmen für Wachstum und Gute Arbeit gehören insbe-  
875 sondere:

876 ➤ der Erhalt und Ausbau der Mitbestimmung, die sich gerade in der Wirt-  
877 schaftskrise als stabilisierend und hilfreich erwiesen hat,

878 ➤ Reformen im Arbeits- und Sozialrecht im Hinblick auf die Entwicklungen  
879 der Beschäftigungsformen und -strukturen, die für die Beschäftigten Flexi-  
880 bilität und angemessene Sicherheit verbinden,

881 ➤ eine breite Bildungsoffensive, die

882 • die Ineffizienz und Unterfinanzierung des deutschen Bildungswe-  
883 sens beendet, echte Chancengleichheit verwirklicht, das Aussor-  
884 tieren von Kindern als Bildungsverlierer beendet,

885 • Kitas zu Bildungseinrichtungen ausbaut,

886 • flächendeckend Ganztagsangebots schafft, die den Erwerb  
887 sozialer und kultureller Kompetenzen besser ermöglichen und die  
888 Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken,

889 ➤ eine kluge Strukturpolitik sowie öffentliche und private Investitionen in Zu-  
890 kunftstechnologien, Forschung und Entwicklung, besonders in struktur-  
891 schwachen Regionen und die Unterstützung des Mittelstands.

892

## 893 **Finanzierung**

894 Die Vermeidung von Arbeitslosigkeit und die Steigerung der Erwerbstätigenquote  
895 durch die vorgeschlagenen Maßnahmen führen langfristig zu einer nachhaltigen Ent-  
896 lastung der Steuer- und Sozialkassen. Dennoch können Zukunftsinvestitionen nicht  
897 ohne finanziellen Aufwand der Gesellschaft geleistet werden.

898 Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen können allerdings, wie bei den jeweiligen  
899 Punkten beschrieben, teilweise durch Zusammenlegung bereits bestehender Töpfe  
900 und Umschichtungen aus bestehenden, nicht effizienten Maßnahmen (z. B. beim  
901 Job-Lokal und durch die Umschichtungen von bestimmten Mitteln aus dem Über-  
902 gangssystem in effektivere schulbegleitende Maßnahmen und Ausbildungsangebo-  
903 te), durch Beteiligung der Unternehmen (z. B. Bildungsfonds, Ausbildungsumlage)  
904 und der Geförderten selbst (z. B. Weiterbildung nach Bafög-Prinzip), über das Versi-  
905 cherungsprinzip (beim ALG II-Bonus für langjährige Erwerbstätige) oder über eine  
906 breitere Einnahmehasis im Sinne des Bürgerversicherungsmodells finanziert werden.

907 Durch Systematisierung und effektivere Gestaltung des gesamten Weiterbildungsbe-  
908 reiches erhoffen wir uns ein erheblich verbessertes Angebot bereits auf Basis der  
909 derzeitigen Ausgaben, gleichwohl hier zusätzliche Anstrengungen erforderlich sind,  
910 um die gesetzten Ziele zu erreichen.

911 Damit Konsum und Investitionen nicht belastet werden, Schwarzarbeit nicht attrakti-  
912 ver wird und die Sozialabgaben perspektivisch nicht steigen, wollen wir die darüber  
913 hinaus entstehenden Mehrkosten für die skizzierten Reformen der Sozialsysteme,  
914 der Bildung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch das Steuersystem  
915 leisten.

916 Voraussetzung für eine vorsorgende Politik für Beschäftigung und soziale Sicherheit  
917 ist ein finanziell handlungsfähiger Staat, der eine stärkere Beteiligung von hohen  
918 Einkommen, Vermögen und Erbschaften an den öffentlichen Ausgaben sicherstellt  
919 und die Kosten der aktuellen Wirtschaftskrise von denjenigen zurückfordert, die ü-  
920 bermäßig von den ökonomischen Auswüchsen der letzten Jahrzehnte profitiert ha-  
921 ben.

922 Deutschland ist derzeit im OECD-Vergleich ein Niedrigsteuerland, insb. im Hochein-  
923 kommensbereich. Möglichkeiten zu einer Konsolidierung der Staatsfinanzen sind,  
924 den entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt, vorhanden. Denkbar sind z. B.  
925 die Revitalisierung der Erbschaftssteuer, die Einführung einer Vermögensteuer, die  
926 Anhebung des Spitzensteuersatzes auf europäisches Niveau, eine Bankenabgabe,  
927 wie sie in den USA geplant wird, eine Börsenumsatzsteuer oder die Rücknahme von  
928 Klientelgeschenken und unsinnigen Mehrausgaben der schwarzgelben Bundesregie-  
929 rung.

930 Neben solchen klassischen Instrumenten sind weitere Einsparpotenziale zu realisie-  
931 ren, beispielsweise bei der Prävention und der Früherkennung. Insbesondere durch  
932 konsequentes betriebliches Gesundheitsmanagement könnten Ausfall- und Behand-  
933 lungskosten in Milliardenhöhe eingespart werden. Bei anfallenden Kosten ist der  
934 Verursacherzusammenhang stärker in den Blick zu nehmen. Denkbar ist in diesem  
935 Zusammenhang auch, auf bestimmte krankheitsfördernde Produkte höhere Abgaben  
936 mit zweckgebundener Zuweisung zu erheben.

937 Der vorsorgende Sozialstaat ist nicht zum Nulltarif zu haben, wie ein Blick zu unse-  
938 ren nördlichen Nachbarn zeigt. Vor diesem Hintergrund ist ein steuerpolitischer Pa-  
939 radigmenwechsel zwingend. Die skandinavischen Länder zeigen uns, dass die Bür-  
940 gerinnen und Bürger dazu bereit sind, wenn sie im Gegenzug von qualitativ hochwer-  
941 tige Leistungen profitieren.

942 Umgekehrt gilt: Bleiben die notwendigen Investitionen aus, entstehen langfristig hö-  
943 here Kosten und Wachstumshemmnisse durch Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem  
944 Fachkräftemangel. Das wollen wir vermeiden. Unser Ziel bleibt: Vollbeschäftigung  
945 durch Gute Arbeit.